

Foto: Studio Reusch

ENERGIEPOLITIK

Auf Sparflamme

Die Verantwortlichen in Bonn werden das Energiesparen forcieren müssen. Der Mitte Juni erscheinende Bericht der Enquete-Kommission zwingt sie dazu. Mehrere Modelle stehen den Politikern zur Auswahl.

Ulrich Engelmann, Leiter der Abteilung „Energiepolitik und Mineralische Rohstoffe“ im Bundeswirtschaftsministerium, kann auf internationaler Ebene einen Erfolg seiner beharrlichen Verhandlungsstrategie verbuchen. „Wir sind international endlich weg von absoluten Zahlen“, erklärte er nach seiner Rückkehr von einer Energiekon-

ferenz der Europäischen Gemeinschaft. Noch im Juni 1979 hatten sich die neun Mitgliedsstaaten der EG darauf verständigt, die Öleinfuhren in die Gemeinschaft für das Jahr 1985 auf 470 Millionen Tonnen zu beschränken. Vor zwei Wochen nun einigten sie sich auf die Formulierung, daß eine „Senkung des Erdölverbrauchs in der Gemeinschaft auf höchstens 40 Prozent des Bruttoverbrauchs an Primärenergie im Jahr 1990“ anzustreben sei.

Bei den internationalen Energiekonferenzen, die in den nächsten Wochen und Monaten stattfinden, werden die bundesdeutschen Delegierten weitere Energiesparbeschlüsse mit der gleichen Marschorder anstreben: weg von absoluten Zielen, Vereinbarung von relativen Größen. Auch national möchten die deut-

schen Energiepolitiker jede Festlegung auf absolute Zahlen vermeiden. Schon bei der „Zweiten Fortschreibung des Energieprogramms“, die sie 1977 verabschiedeten, unterließen sie es, sich auf konkrete Zielgrößen für die Energiepolitik der achtziger Jahre festzulegen. Doch quasi als Anhang zur Fortschreibung unternahmen drei wirtschaftswissenschaftliche Institute – das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin, das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in Essen und das Energiewirtschaftliche Institut der Universität Köln – im Auftrag der Bundesregierung den Versuch, den Primärenergiebedarf und die Nachfrage nach Energie bis zum Jahr 1985 abzuschätzen. Darüber hinaus rechneten die Prognostiker aus den drei renommierten Insti-

tuten die Zahlen bis zur Jahrtausendwende hoch.

Doch steigende Ölpreise und eine schwächer werdende Wirtschaft veränderten binnen kurzem die Einstellung zu Energiefragen, und eine kritischere Haltung gegenüber der Kernenergie ließ das Werk, das eigentlich bis zur Jahrtausendwende gelten sollte, schon nach wenigen Jahren zu Makulatur werden.

Hatten die Energieforscher noch in ihrer Basisprognose ein reales Wirtschaftswachstum von jährlich vier Prozent im Schnitt der Jahre 1975 bis 1985 unterstellt, so rechnen die meisten Prognostiker heute nur noch mit einer Rate, die bei drei Prozent, teilweise sogar darunter liegt. Und weil der Ausgangswert nicht mehr stimmt, gelten auch die Voraussagen über den Energieverbrauch nicht mehr.

Statt knapp 500 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (SKE) werden die Deutschen im Jahr 1985 einen Primärenergiebedarf von schätzungsweise 450 Millionen Tonnen SKE haben. Die Differenz von 50 Millionen Tonnen entspricht nahezu einem Viertel des bundesdeutschen Jahresverbrauchs an Mineralöl. Statt eines Primärenergiebedarfs von 600 Millionen Tonnen SKE, den die drei Institute für die Jahrtausendwende ermittelten, prognostizierten Experten aus der Hamburger Zentrale des Mineralölkonzerns Esso einen Bedarf von 520 Millionen Tonnen SKE. Der Differenzbetrag von 80 Millionen Tonnen entspricht nahezu der gesamten bundesdeutschen Steinkohlenförderung eines Jahres. Auf Kernkraft umgerechnet wären das etwa 26 Atommeiler, die bis zum Jahr 2000 nicht gebaut werden müssen.

Angesichts dieser Dimensionen will denn auch der BMWi-Abteilungsleiter Engelmann „keine langfristige Quantifizierung“ des künftigen Energiebedarfs der Bundesrepublik wagen. Eine erneute Fortschreibung des Energieprogramms wird wiederum nur qualitative und nicht quantitative Zielvorgaben enthalten. Die Energiebeamten werden, soviel scheint festzustehen, den absoluten Vorrang der Kohle betonen. Dem Thema Energiesparen werden die Fachleute besondere Bedeutung beimessen, entsprechend den „Grundli-

nien und Eckwerten“ der Bonner Energiepolitik, in denen das Bundeskabinett schon 1977 festgestellt hatte, daß „die verstärkte Ausschöpfung von Möglichkeiten zur rationellen und sparsamen Ausnutzung von Energie“ ein ovorrangiges Ziel“ sei. Dritter Punkt der dritten Fortschreibung wird, so ist zu vermuten, der Hinweis sein, daß es ohne Kernenergie nicht geht, daß diese Energiequelle aber möglichst sparsam eingesetzt werden muß.

Ob sich die Energiebeamten von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff ihre vornehme Zurückhaltung in Sachen quantifizierte Zielvorgaben leisten können, bleibt indes fraglich. Denn derzeit brüten sieben Bonner Parlamentarier – drei von der SPD, drei von der CDU/CSU, einer von der FDP – sowie sieben Wissenschaftler aus den verschiedenen Energielagern der Republik über dem Abschlußbericht der „Enquete-Kommission Zukünftige Kernenergie-Politik“. Im Frühsommer vergangenen Jahres eingesetzt, um für den Bundestag eine Bestandsaufnahme der energiepolitischen Situation und Empfehlungen für den künftigen Ausbau der Kernenergie zu erarbeiten, hat sich das Gremium mit der gesamten Energiepolitik befaßt und auch Vorausschätzungen über den künftigen Energiebedarf der Republik gewagt. Dabei geht es den Kommissionsmitgliedern allerdings nicht darum, „der Vielzahl von vorhandenen Prognosen über die zukünftige Entwicklung des Energiebedarfs und seiner Deckung eine neue hinzuzufügen“. Die Enquete-Kommission will vielmehr die „politischen Vorstellungen über ein unserer Gesellschaft gemäßes Energiesystem herausarbeiten und die Bedingungen ihrer Umsetzung aufzeigen“.

Aus dem vielfältigen Angebot an Energieprognosen destillierten die 14 Kommissionsmitglieder vier repräsentative Möglichkeiten der energiewirtschaftlichen Entwicklung in den nächsten 50 Jahren: Der erste Energiepfad geht, so der Arbeitsbericht des Kommissionsvorsitzenden Reinhard Überhorst (SPD), von einem Wachstum des realen Bruttosozialprodukts von durchschnittlich 3,3 Prozent jährlich bis zum Jahr 2000 und 1,4 Prozent im Jahr für die Zeit danach aus. Über

den Trend hinausgehende Strukturveränderungen in der Wirtschaft werden nicht unterstellt; um Energie zu sparen, werden keine besonderen Anstrengungen unternommen. Die Energieausnutzung verbessert sich um 0,7 Prozent bis zum Jahr 2000, danach kommt es noch zu automatischen, durch den Trend vorherbestimmten Einsparungen von 0,4 Prozent der Nutzenergie. Diese Annahmen „entsprechen etwa den offiziellen Erwartungen hinsichtlich des Wirtschaftswachstums und der Energieeinsparungsmöglichkeiten und erweitern diese bis zum Jahre 2030“, schreibt der Vorsitzende der Enquete-Kommission in einem ersten Bericht.

Sollten diese Erwartungen tatsächlich eintreffen, hätten die Bundesdeutschen zur Jahrtausendwende einen Primärenergiebedarf von 600 Millionen Tonnen SKE und im Jahr 2030 einen Bedarf von 800 Millionen Tonnen SKE. Um den im Jahr 2000 benötigten Strom zu erzeugen, wären rund 60 Kernkraftwerke notwendig, im Jahr 2030 müssten sogar rund 130 Atommeiler vom Biblis-Typ in Betrieb sein. Für die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder und viele Energiepolitiker eine Horrervision.

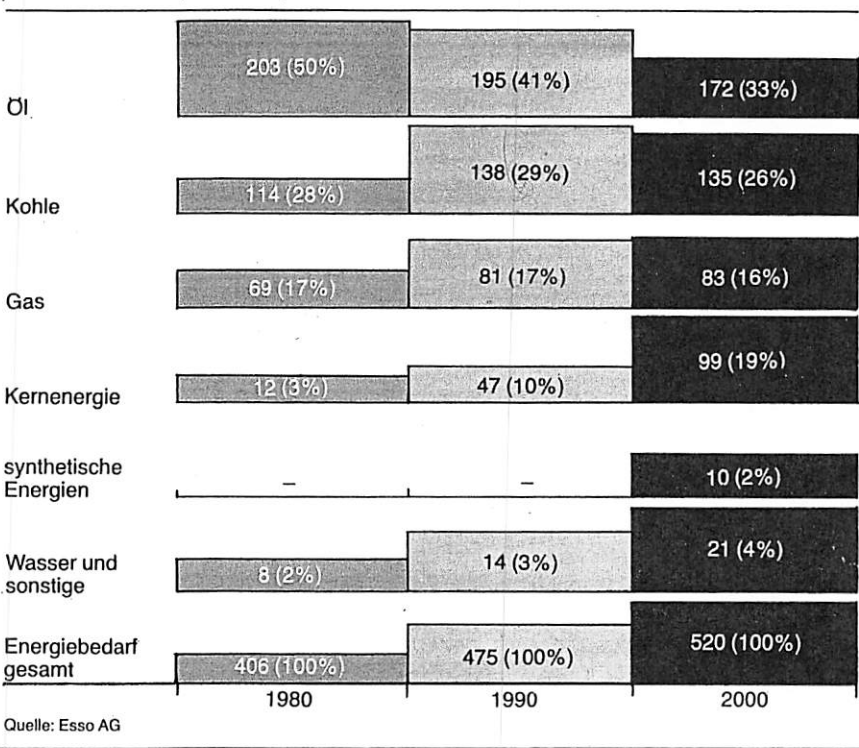
Der zweite Energiepfad geht dagegen von einem Wirtschaftswachstum von durchschnittlich zwei Prozent bis zum Jahr 2000 und 1,1 Prozent bis zum Jahr 2030 aus. Die Nutzung der eingesetzten Energie verbessert sich jährlich um 1,1 Prozent im ersten Abschnitt des Betrachtungszeitraums und um 0,5 Prozent für die Zeit nach 2000. Die Grundstoffindustrie nimmt in ihrer Bedeutung für das Wirtschaftswachstum relativ ab, der tertiäre Sektor gewinnt immer mehr an Gewicht.

Unter diesen Voraussetzungen könnte nach Ansicht der Kommission der Primärenergiebedarf im Jahr 2000 etwa 455 Millionen SKE und im Jahr 2030 rund 550 Millionen Tonnen SKE betragen. Zur Jahrtausendwende wären dann etwa 40 Kernkraftwerke, 30 Jahre später 120 Atommeiler in Betrieb und mindestens eine Wiederaufbereitungsanlage für Brennelemente wäre notwendig.

Etwa die Hälfte der Kommissionsmitglieder neigt dieser Variante zu,

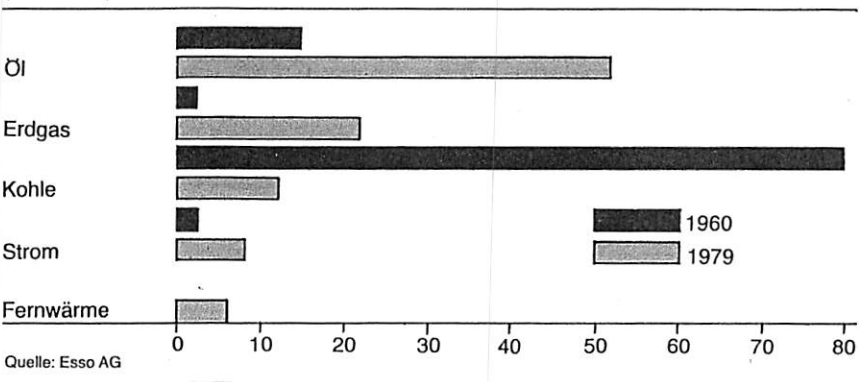
Energiequellen

Anteile der Energieträger am deutschen Bedarf zwischen 1980 und 2000 (in Millionen Tonnen SKE und prozentual)



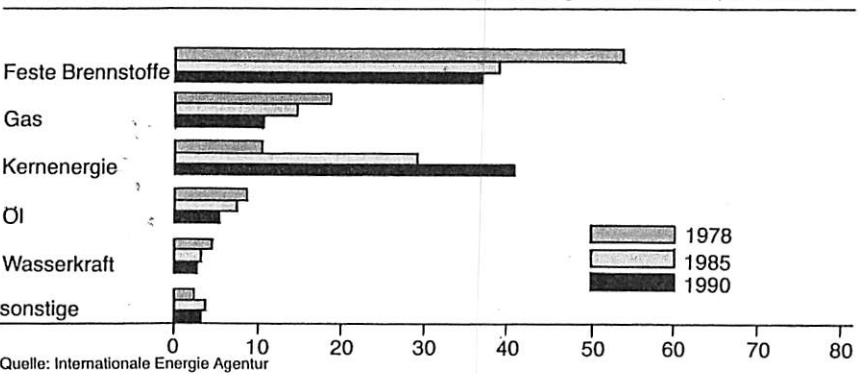
Öldorado

Anteile der Energieträger an der Wohnraumheizung deutscher Haushalte 1960 und 1979 (in Prozent)



Stromspender

Anteile der Energieträger an der deutschen Stromgewinnung 1978 bis 1990 (in Prozent)



obwohl „das erreichbare Wirtschaftswachstum an der Untergrenze des politisch noch Vertretbaren“ liegt (Arbeitsbericht). Darüber hinaus sind auch die Annahmen über die möglichen Energieeinsparungen noch mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Um sie zu erreichen, müßten „Handlungsprogramme und administrative Maßnahmen herbeigeführt werden“.

Energiepfad Nummer drei geht von denselben Annahmen über das Wirtschaftswachstum wie bei der zweiten Version aus, unterstellt aber „sehr starkes Sparen“ mit einer Verbesserung der Energienutzung von durchschnittlich 1,6 Prozent im Jahr bis zur Jahrtausendwende und von 0,8 Prozent nach dem Jahr 2000. Die Grundstoffindustrie wächst nicht mehr, insgesamt verändert sich die Struktur der Wirtschaft sehr stark zugunsten weniger energieintensiver Branchen.

Als Ergebnis dieses Weges, der „erhebliche Anstrengungen zur Modernisierung und Umstrukturierung der gesamten Volkswirtschaft bedingt, um die sehr starken Energieeinsparungen zu erreichen“, verzeichnet der vorläufige Arbeitsbericht einen Primärenergiebedarf von 370 Millionen Tonnen SKE im Jahr 2000 und von 360 Millionen Tonnen 30 Jahre später. Auf den Einsatz der Kernenergie könnte schon zur Jahrtausendwende verzichtet werden.

So attraktiv diese Annahme für Atomgegner in der Kommission ist, so umstritten ist diese Alternative. Klaus M. Meyer-Abich, Professor für Naturphilosophie an der Universität Essen und eher ein Vertreter der konsequenten Sparrichtung, hält es „nicht für verantwortbar, jetzt auf den Einsatz von Kernenergie zu verzichten, solange nicht absehbar ist, welche Erfolge mit dem Energiesparen erreicht werden können“. Die Option Kernenergie müsse offengehalten werden, um zum einen die industriellen Kapazitäten zu erhalten für einen eventuellen, doch notwendigen Zubau von Meilern, zum anderen um die Entwicklung fortgeschrittener Reaktorlinien weiterzubetreiben.

Energiepfad Nummer vier geht davon aus, „daß der gesamte Umgang mit Energie auf eine neue, von der heutigen Praxis drastisch abweichende Basis gestellt wird“. Er lehnt

sich stark an die Idee der „sanften Energie“ des Amerikaners Amory B. Lovins. Bei der Quantifizierung taten sich die Kommissionsmitglieder allerdings schwer. Erst in einem zweiten Arbeitsbericht einigten sie sich auf Zahlen: Wachstum wie bei Pfad zwei und drei, starker Strukturwandel, kein Wachstum der Grundstoffindustrie, extrem starkes Sparen. Heraus kam ein Primärenergiebedarf von 342 Millionen SKE im Jahr 2000 und 300 Millionen Tonnen 30 Jahre später. Auf Kernenergie wird verzichtet, regenerative Ener-

nem Buch „Energieeinsparung als neue Energiequelle“, Zusammenfassung eines 16bändigen Berichts für das Bundesforschungsministerium, kommt er zu dem Schluß, daß „Einsparung von Energie ohne Einschränkung des Nutzens in einem sehr weiten Bereich weder den Preis des Dirigismus noch den der Reduktion von Wohlstandserwartungen (zum Beispiel durch künstliche Anhebungen des Energiepreinsniveaus) erfordert“.

Doch ganz ohne staatliche Anregung und Reglementierung wird es

hend im schon gewohnten Rahmen. Neben dem „Setzen von technischen Standards bei der Wärmedämmung von Gebäuden“ plädieren die Kommissare unter anderem für eine „Einbaupflicht von energiesparenden Zusatzeinrichtungen“ und die „Beseitigung von institutionellen Behinderungen bei der Nutzung regenerativer Energiequellen“.

So weit sind die Bonner Energiepolitiker schon heute. Zwar hat Graf Lambsdorff immer wieder die Bedeutung der „pretialen Lenkung“, das heißt die Steuerung über den Preis, für die Energiepolitik herausgestellt. Doch so ganz wollte auch er sich schon in der Vergangenheit nicht auf die Wirkung der reinen Marktwirtschaft verlassen.

Mit 46 Gesetzen, Verordnungen, Erlassen, Richtlinien und Programmen haben die Bonner Gesetzesmacher seit 1973 versucht, das Energieverhalten der Bundesdeutschen auf Sparsamkeit zu trimmen. Da rund 40 Prozent des gesamten Energieverbrauchs in der Bundesrepublik für die Gebäudeheizung genutzt werden, gilt ihr Hauptaugenmerk diesem Energieverwender. Denn nach Ansicht von Fachleuten besteht hier ein Einsparpotential von etwa 35 Prozent.

Mit dem Ergebnis ihrer Sparstrategie sind die Bonner derzeit zufrieden. In seinem „Dritten Bericht über die Versorgungslage bei Mineralöl und die Umsetzung der Energie-Beschlüsse von Tokio und Straßburg“, den der Bundeswirtschaftsminister vor einigen Wochen dem Kabinett vorlegte, meldete er für die ersten drei Monate dieses Jahres einen Heizölabsatz, der um 15 Prozent unter dem Ergebnis des vergleichbaren Vorjahreszeitraums liegt. Zwar spielte bei diesem Ergebnis der harte Winter zu Beginn des Vorjahres und der vergleichsweise milde Winter dieses Jahres eine Rolle, doch führt der Bonner Wirtschaftsminister den Rückgang „vor allem auch auf das anhaltende Sparverhalten der Verbraucher“ zurück. Wolfgang Oehme, Chef der Esso AG, ist mutiger. Er schätzt, daß etwa die Hälfte des Rückgangs auf energiesparendes Verhalten der Verbraucher zurückgeführt werden kann.

Die Schätzungen des Esso-Unternehmers und des Bundesministers



Foto: Darchinger

Sonntagsfahrverbot 1973: Autolobby bestimmt den Kurs

giequellen tragen 50 Millionen Tonnen SKE im Jahr 2000 und 100 Millionen Tonnen im Jahr 2030 zum Primärenergiebedarf bei.

Die Konsensbereitschaft der Kommissare reicht indes nicht aus, sich auf eine einzige, langfristige anzustrebende Handlungsalternative zu einigen. So werden sie in ihrem Abschlußbericht dem Bonner Parlament erst einmal einen gemeinsam vertretenen Weg anbieten, der bis zum Jahr 1990 reicht. Wie es danach weitergehen soll, ist dagegen noch umstritten.

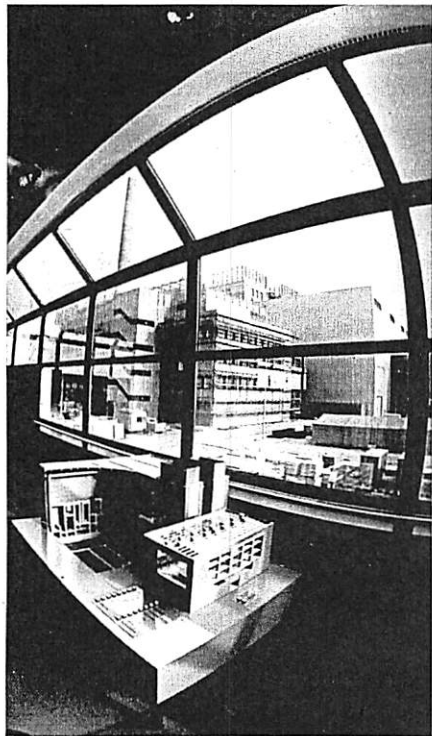
Immerhin: Für alle Kommissionsmitglieder ist Energiesparen eine der wichtigsten Aufgaben künftiger Energiepolitik, für einige hat es sogar den obersten Stellenwert. Zu ihnen gehört Professor Meyer-Abich, einer der sieben Wissenschaftler in der Kommission. In sei-

wohl nicht gehen. Dieser Einsicht hat sich auch die Überhorst-Kommission nicht ganz verschließen können. Zwar rechnet sie damit, daß allein schon durch verstärkte Aufklärung und Beratung die Bundesbürger zu einem rationelleren Umgang mit Energie gebracht werden können und daß sich aufgrund der gestiegenen Energiepreise und des gewachsenen Energiebewußtseins der Bevölkerung ein Teil der notwendigen Energieeinsparung ergeben kann. Doch hält sie andererseits auch „politische und administrative Maßnahmen“ für notwendig, um den Sparprozeß, zu beschleunigen und ihn „weiter an die technisch und volkswirtschaftlich vertretbaren Grenzen heranzubringen“.

Was die Kommission dann in ihrem Arbeitsbericht als Maßnahmen vorschlägt, bewegt sich indes weitge-

werden unterstützt durch eine Umfrage, die das Münchner Meinungsforschungsinstitut Infratest im Auftrag des Bundesforschungsministeriums kürzlich durchgeführt hat. 72 Prozent der Bundesbürger hätten, so die Ermittlungen, „persönlich in den letzten Wochen bereits ihren Verbrauch von Heizöl, Strom, Benzin und so weiter eingeschränkt“. Weitere 27 Prozent der Infratest-Befragten gaben an, sie sähen derzeit keine weiteren Möglichkeiten, sparsamer mit Energie umzugehen.

Sind die Politiker bereit, Sparmaßnahmen im Sektor „Haushalte und Kleingewerbe“ notfalls mit Gesetzen und Verordnungen zu erzwin-



Schneller Brüter Kalkar: Verzicht auf Kernenergie nicht zu verantworten

gen, so scheuen sie vor Zwangsmaßnahmen beim Autoverkehr zurück. Tempolimit und zeitweilige Fahrverbote werden zwar immer mal wieder in Sonntagsreden angedroht. Doch die Lobby aus Automobilindustrie, Kraftfahrern und durch Fahrverbote getroffenes Gewerbe ist zu stark, als daß es ein Bonner Politiker wagen könnte, sich mit ihr anzulegen.

Dabei könnte gerade noch teurer Treibstoff die Bemühungen der Automobilindustrie intensivieren, den Benzinverbrauch bundesdeutscher Pkw bis 1985 um zehn Prozent zu senken – wie sie es Graf Lambsdorff

versprochen hat. Immerhin schluckten die 23 Millionen bundesdeutschen Pkw im vergangenen Jahr rund 23,3 Millionen Tonnen Benzin und Dieselöl – ein neuer Rekordstand.

Dagegen bleibt es der Industrie praktisch selbst überlassen, ob und welche Energieeinsparmöglichkeiten sie ergreift. Bonn setzt hier auf das Kostenbewußtsein bundesdeutscher Manager. Zu Recht, wie es scheint. Schon in der Vergangenheit hat „sich die Energieeinsparung sozusagen als Nebenprodukt einer technischen Entwicklung ergeben“, konstatiert Naturphilosoph Meyer-Abich. Die mögliche jährliche Einsparquote bis zum Jahr 2000 beziffert der Essener Professor allerdings nur mit 0,8 Prozent.

Hanns Arnt Vogels, Vorsitzender der Vereinigung industrielle Kraftwirtschaft und persönlich haftender Gesellschafter der Friedrich Flick Industrieverwaltung KGaA, bezeichnet Energiesparen als ein „ganz hoch angesiedeltes Thema in der Wirtschaft, weil es eine der wenigen noch verbliebenen Kostenpositionen ist, die in ihrer betriebswirtschaftlichen Rechnung positiv verändert werden können“. Bestrebungen der Bonner Politiker, beispielsweise eine Abgabe auf ungenutzte Industrieabwärme zu erheben, zielen deshalb nach Ansicht des Flick-Managers auch in die falsche Richtung.

Doch noch etwas wollen die Politiker mit ihren moralischen Appellen erreichen: Ohne den Nachweis, daß die möglichen Energieeinsparmöglichkeiten optimal genutzt worden sind, können sie in der Bevölkerung keinen breiten Konsens für den weiteren Ausbau der Kernenergie herstellen. Doch nur mit einer verstärkten Nutzung der Kraft aus dem Atom lassen sich die Energieprobleme nach der Jahrtausendwende lösen.

Für Hessens Ministerpräsident Holger Börner wird die „Frage der Energieversorgung durch die Ölverteuerung und Ölverknappung, die noch lange nicht zu Ende ist, zu einer zentralen politischen Diskussion, weil sie die Arbeitsplätze und den Lebensstandard breiter Schichten berührt“. Sparen wird so zur ersten Bürgerpflicht, die klare Energie-Entscheidung zur Politikerbürde. □

INTERVIEW

„Energiepolitik aus der Sackgasse führen“

In Abstimmung mit der sozial-liberalen Bundesregierung forciert Hessens Ministerpräsident Holger Börner (SPD) die Vorbereitungen zum Bau einer Wiederaufbereitungsanlage in Hessen. Im Gespräch mit *Wirtschaftswoche*-Redakteur Wolf-Dieter Michaeli erläuterte Börner seine Atomstrategie.

■ Herr Ministerpräsident, nach dem Landesparteitag der hessischen SPD dürfen Sie die Voraussetzungen für den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage in Hessen weiter prüfen. Welche Bedeutung hat dieser Beschluß konkret für Sie?

Börner: Dieser Beschluß gibt mir die Handlungsfreiheit, die ich in den nächsten Jahren brauche, um in Übereinstimmung mit der Bundesregierung die Schritte zu gehen, die wir für richtig halten im Interesse der gesicherten Energieversorgung unseres Landes. Das bedeutet aber nicht, daß wir ausschließlich auf Kernenergie setzen. Wir stehen voll auf dem Boden des Energiekonzepts der Bundesregierung, das auf Nutzung der Kohle und der Kernenergie basiert.

■ Aber warum will gerade Hessen bei der Wiederaufbereitung von Atommüll vorangehen?

Börner: Wir reiten hier kein technologisches Steckenpferd, sondern handeln aus der Notwendigkeit eines Landes, das sehr früh ein sehr großes Kernkraftwerk, nämlich Biblis, gebaut hat. Über 60 Prozent des Stroms, der in Hessen erzeugt wird, stammt aus Kernkraftwerken. Unser Industriepolitik ist auf dem billigen Atomstrom mit gegründet.

■ Müssen Sie nicht in Hessen Gorleben-Zustände fürchten?

Börner: Davor haben mich auch Parteitagsdelegierte gewarnt. Wenn es sich nicht vermeiden läßt, müssen wir auch da hindurch. Es gibt keinen anderen Weg. Man muß eine Technologie nicht nur auf dem Reißbrett, sondern auch standortgebunden prüfen.

Foto: Vollmer

■ Wollen Sie Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht zeigen, wie Politik gemacht wird?

Börner: Ich würde es nicht auf ein Duell dieser Art hinauslaufen lassen. Aber ich halte es für eine schlimme Bedrohung von Industrienationen, wenn Politiker zu unentschlossen sind, das durchzusetzen, was sie für richtig halten.

■ Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß will den Bau einer Atomkraftfabrik in Bayern im gegenwärtigen Stadium auch nicht prüfen.

Börner: Dieser Mann hält sonst der Bundesregierung immer vor, sie handle zu langsam, zu wenig oder überhaupt nicht. Für mich ist das nackter Opportunismus. Parteipolitisches Ränkespiel hat meines Erachtens in dieser Frage nichts zu suchen.

■ Wollen Sie den anderen Bundesländern zeigen: Seht her, Hessen kann es durchsetzen?

Börner: Nein. Hessen kann nicht autonom entscheiden, sondern nur in Absprache mit der Bundesregierung. Aber wenn man Mitte der achtziger Jahre die politische Entscheidung für oder gegen Wiederaufbereitung treffen will, dann muß man das mit Wissen und nicht mit Glaubensartikeln untermauern können. Die Prüfung der Wiederaufbereitungstechnik und die Prüfung anderer Entsorgungstechnologien müssen bis dahin so zur Reife gebracht worden sein, daß sich die Politiker darauf stützen können.

■ Heißt das, der Ministerpräsident Börner würde auch auf eine Wiederaufbereitungsanlage verzichten?

Börner: Meine Position in den Sicherheitsfragen kann widerlegt werden. Ich halte allerdings gegenwärtig die Endlagerung von Brennstäben ohne Wiederaufbereitung für gefährlicher als unseren Weg. Aber das ist mein heutiger Erkenntnisstand. In fünf Jahren kann sich das ändern.

■ Der Bundestag hat eine Enquete-Kommission Zukünftige Energiepolitik eingesetzt. Greifen Sie diesem Bundestagsgremium nicht voraus?

Börner: Wir haben uns nicht konkret zu beschäftigen mit den Ergebnissen der Enquete-Kommission, sondern mit den Schlußfolgerungen, die Bundestag und Bundesregierung

dann daraus ziehen. Das sind unsere Partner in der Energiepolitik.

■ Vollziehen Sie schon jetzt das, was Bundesregierung und insbesondere Bundeskanzler Schmidt wollen?

Börner: Es ist richtig, daß ich die politischen Entscheidungen Hessens mit dem Bundeskanzler abgesprochen habe. Das geschah aber in aller Offenheit und im Beisein der anderen Länderchefs. Ich führe hier meinen Teil der Vereinbarung aus, die von Bund und Ländern im vergange-

gewählt hat und ihn abwählen kann, wenn es sein muß.

■ Herr Ministerpräsident, wollen Sie den energiepolitischen Vorreiter in der Bundesrepublik spielen, oder gibt es einen anderen Grund für Ihre konsequente Haltung in der Frage der Wiederaufbereitung?

Börner: Die Sorge um die Arbeitsplätze ist ein Grundmotiv meines Handelns, auch in anderen Bereichen der Landespolitik. Ich sehe einen Zusammenhang zwischen sicheren Arbeitsplätzen und der Stabi-



Foto: Esche

Kernkraftverfechter Börner: „Wir reiten kein technologisches Steckpferd“

nen September festgelegt worden ist. Ich habe aber auch Wert darauf gelegt, daß wir hier nicht vorsehen, sondern die andere in der Vereinbarung angesprochene Frage der alternativen Entsorgungstechnologien auch geprüft wird.

■ Herr Ministerpräsident, angenommen, die Prüfung verläuft positiv, die hessische Regierung gibt den Startschuß für den Bau – aber die Justiz legt sich quer. Was dann?

Börner: Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung über den Bau des Brutreaktors in Kalkar eine klare Grenze gezogen zwischen den Aufgaben der Justiz und den Aufgaben der Politik. Ich gehe von dieser Grenzziehung aus. Ein Gericht kann die Rechtmäßigkeit einer getroffenen Entscheidung feststellen. Das politische Wagnis aber muß beim Politiker bleiben. Er ist dem Volk verantwortlich, das ihn

lität unserer Demokratie. Ich möchte nicht ausprobieren, wieviel Arbeitslosigkeit die deutsche Demokratie verträgt.

■ Ginge das nicht auch mit ein bißchen weniger Wachstum?

Börner: Ich kann die Antiwachstumsfetischisten nur belächeln. Das sind doch meistens Leute, die eine gesicherte Altersversorgung haben, ein Einkommen oberhalb des Facharbeiterniveaus und viele andere Dinge mehr. Da kann man dann leicht Verzicht predigen. Aber wenn einer, der 1200 Mark netto verdient, plötzlich eine Heizölrechnung über 1000 Mark bekommt, fängt es an, kritisch zu werden. Deshalb ist für mich auch ein Zweck meiner Kernenergiepolitik, das Heizöl aus dem Haushalt zurückzudrängen zugunsten von anderen Wärmequellen. Wir müssen eine Politik verfolgen, die es den Bürgern ermöglicht, mehr Strom und Fernwärme zu nutzen. □